

Niederschrift

**über die in der 12. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 11.10.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse**

Beginn der Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der Sitzung : 17.40 Uhr

anwesend sind

Schreiber, Adolf	Goch
Killewald, Norbert	Kevelaer
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Engler, Gerd	Goch
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Looschelders, Herbert	Kleve
Habicht, Kai	Kerken
Preußner, Hans-Jürgen	Geldern
Gorißen, Dietmar	Kleve
Kerkenhoff, David	Kalkar
Mulder, Andy	Kleve
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Schmidt, Gabriele	Kleve
Poell, Peter	Goch

beratendes Mitglied

entschuldigt sind

Höhn, Birgitt
Siebert, Susanne

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen
Günter Franik
Andrea Schwan

als Schriftführer/in

Thomas Reintjes

- - - - -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Es erklärt sich niemand für befangen im Sinne der Kreisordnung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

1. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

2. Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve
Fortschreibung zum 31.12.2018

3. Demografiekonzept des Kreises Kleve
Vereinsbefragung

4. Gewährung von Stipendien von Medizinstudentinnen und Medizinstudenten im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.06.2018

5. Forum für Seniorinnen und Senioren
Bericht aus der letzten Sitzung

6. Mitteilungen

7. Anfragen

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 876 /WP14

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

Herr Engler dankt der Verwaltung für die Beantwortung seiner in der letzten Sitzung gestellten Fragen. Die Antworten und die Vorlage zusammen gebracht würden zu dem Ergebnis führen, dass eine starke Konkurrenz um gewisse Jobs besteht. Das sich über 1.000 Menschen aus drei EU-Staaten in Zeitarbeit befinden sei auffällig. Die „Freie Förderung“ habe große Integrationsfolge. Für ihn stelle sich die Frage, was „Freie Förderung“ sei.

Frau Schwan teilt hierzu mit, dass es sich hierbei i.d.R. um Einzelfallentscheidungen im Rahmen von § 16f SGB II handelt, zu denen es Richtlinien und Weisungen gebe und nennt Beispiele.

Herr Engler erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des zum 01.01.2019 vorgesehenen Teilhabechancengesetzes und der Einbindung des Jobcenters.

Frau Schwan teilt mit, dass davon auszugehen sei, dass die Regelungen kommen werden. Aktuelle Diskussionen gehen dahin, den für die Inanspruchnahme der Leistungen erforderlichen Bezugszeitraum zu verkürzen, was dazu führe, dass sich die Zahl der Berechtigten erhöhe. Das Jobcenter sei im Austausch mit dem Fachministerium und bereite sich vor.

Herr Looschelders erkundigt sich nach der Nachhaltigkeit von Eingliederungsmaßnahmen. Konkret von Interesse sei die Weiterbeschäftigung nach der Bindungsfrist. Seiner Kenntnis nach seien Maßnahmen mit 100 % Förderung bei öffentlichen Trägern geplant. Des Weiteren erkundigt er sich danach, ob im Zuge der Einführung der elektronischen Akte im Bereich des SGB II ausgeschlossen ist, dass Originale vernichtet werden. Seiner Kenntnis nach verlange die Stadt Goch bei Folgeanträgen die erneute Vorlage aller Unterlagen und begründe dies mit einer Weisung des Kreises.

Frau Schwan teilt mit, dass Kennzahlen und Auswertungen zur Nachhaltigkeit von Eingliederungsmaßnahmen zur Niederschrift nachgereicht werden (siehe Anlage). Im Rahmen des § 16i SGB II seien Lohnkostenzuschüsse für die Teilhabe am Arbeitsmarkt in Höhe von 100 % vorgesehen, die sich sukzessive abschmelzen. Sie teilt weiter mit, dass ihrer Kenntnis nach in allen Kommunen die Originale an die Antragsteller zurückgegeben oder geschickt werden. Eine Anweisung des Kreises, dass im Falle einer Folgeantragstellung alle Unterlagen erneut einzureichen seien, gebe es nicht.

Herr Habicht erkundigt sich danach, wie viele der auf Seite 1 des Berichts aufgeführten Personen in Vollzeit und wie viele in Teilzeit beschäftigt sind.

Frau Schwan teilt hierzu mit, dass nicht zwischen Vollzeit oder Teilzeit unterschieden wird.

Herr Rupp stellt fest, dass die Bewertung des Deutschen Landkreistages im 3. Absatz auf Seite 5 der Sitzungsvorlage nicht eindeutig vom übrigen Text abgegrenzt sei und bittet um Präzisierung.

Frau Schwan sichert einen entsprechenden Hinweis zur Niederschrift zu. (Anmerkung: Folgender Text wurde aus einem Rundschreiben des Landkreistages zitiert: *„Zudem werden Menschen, die beispielsweise wegen Zeiten von Haft, befristetem Hilfebezug im SGB XII oder Zeiten von Erwerbsminderungsrenten nicht im SGB II waren, von der Förderung ausgeschlossen. Viele dieser Personengruppen wären nach den Zielen des Referentenentwurfs prädestiniert für eine Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsmarkt.“*).

Herr Poell dankt für die CDU-Fraktion für den Bericht. Die positive Entwicklung und die größere Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse seien erfreulich. Es stelle sich die Frage, ob die Entwicklungen saisonal oder strukturell begründet seien.

Frau Schwan teilt hierzu mit, dass der Aufwärtstrend seit längerem intakt sei, aber saisonalen Schwankungen unterliege.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 877 /WP14

Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve
Fortschreibung zum 31.12.2018

Herr Looschelders kritisiert, dass der Bericht lediglich die Situation älterer Menschen erfasse. Vor dem Hintergrund des Bundesteilhabegesetzes hätte in den Bericht auch die Situation der pflegebedürftigen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einbezogen werden müssen. Hier werde eine Unterdeckung gesehen.

Herr Franik weist darauf hin, dass es sich bei der Fortschreibung des Pflegebedarfsplans um ein fließendes Werk handelt, welches auf Datenmaterial zum Stand 31.12.2016 beruht. Zukünftige Veränderungen, konkret auch die der 2020 in Kraft tretenden Regelungen des BTHG, könnten in diesem Bericht noch nicht berücksichtigt werden. Insgesamt werde die Prognose der Pflegebedarfsplanung 2016 durch die Zahlenentwicklung bestätigt. Alle in Pflegeheimen stationär betreuten Personen seien ungeachtet ihres Lebensalters in den zu einer Prognose hochgerechneten Datenbestand einbezogen.

Herr Habicht erkundigt sich danach, warum es in der Gemeinde Rheurdt keine Kurzzeitpflegeplätze gibt.

Herr Franik teilt hierzu mit, dass der Pflegemarkt im Rahmen der gesetzlichen Regelungen frei ist. Die Ursachen für die Verteilung von Angeboten seien vielfältig. Es sei auch aus anderen Kreisen bekannt, dass es in kleineren Kommunen oftmals keine Angebote gebe. Die Bedarfsdeckung erfolge i.d.R. durch Angebote in den Nachbarkommunen. In Rheurdt gebe es diesbezüglich keine Anzeichen einer Unterdeckung.

Herr Killewald verweist in diesem Zusammenhang auf das Sozialstaatsprinzip. Vor zwei Jahren seien zwei Berichte erstellt worden. Diesmal werde nur der Pflegebedarfsplan fortgeschrieben. Das Thema „Wohnen“ fehle komplett. Des Weiteren fehlen Aussagen zur ambulanten pflegerischen Betreuung. In Zukunft solle der Bericht auch Aussagen zur palliativen Versorgung enthalten. In Bezug auf den Markt werde die Auffassung der Verwaltung nicht geteilt. Der Bericht enthalte auch keine Aussagen über die pflegerische Versorgung durch Fachkräfte. Er mache sich in Zusammenhang mit der Schaffung von zusätzlichen Plätzen im stationären Bereich Sorgen über den Bereich der ambulanten pflegerischen Versorgung, dem die Kräfte geraubt würden. Im Hinblick auf die Fachkräftequote müsse überlegt werden, mit welchen Wohnkonzepten wir später leben wollen. Er sei froh, dass der Kreis eine Wohnungsbaugesellschaft errichte.

Herr Poell bestätigt die Ansätze von Herrn Killewald, die in die Zukunft schauen. Er sieht im Bereich der „Palliativen Medizin“ Probleme. Diese sei aus der Selbsthilfe entstanden und eine wichtige Sparte. Die Kurzzeitpflege sei vor drei Jahren intensiv diskutiert worden. Die Situation habe sich verbessert. Das sei erfreulich. Seiner Auffassung nach müsse im Bereich des nördlichen Kreisgebiets ein Hospiz errichtet werden.

Herr Looschelders beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den letzten Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu fassen:

„Eine Fortschreibung, mit der Aufschlüsselung nach Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wird zum 31.12.2020 vorgemerkt.“

Landrat empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Eine Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung sei für 2020 vorgesehen. Er halte es für verfrüht, bereits jetzt Festlegungen zur inhaltlichen Ausgestaltung zu treffen.

Herr Killewald bestätigt, dass es eine Problematik in Zusammenhang mit jungen behinderten Menschen gibt, die seit Jahren in Altenpflegeheimen leben. Aktuell gebe es hierüber aber keine statistischen Daten. Hieran werde gearbeitet. Er schätze den Bedarf an Angeboten für diese Menschen höher ein als die Zahl derer die in Heimen leben. Zum Bereich der Hospize teilt er mit, dass sich die Vergütung durch die Krankenkassen für Hospize mit mehr als 8 Personen aufgrund der Bundesrahmenempfehlung jetzt auf 391,-- €/Tag erhöht hat. Die Errichtung von Hospizen lohne sich daher.

Nach Angaben von Herrn Rupp bestehen im Bereich Emmerich-Rees Überlegungen, ein stationäres Hospiz einzurichten. Für ihn sei das Diagramm auf Seite 32 wegen fehlender Beschriftungen unklar. In der Tagespflege sei viel in Bewegung. Das hier auch in Zukunft ein großer Bedarf bestehe sei selbstverständlich. Es sei vorstellbar, zukünftig über Zielvereinbarungen zu steuern um Akzente zu setzen. Es gebe Kreise, z.B. den Oberbergischen Kreis, die dies im Gesundheitsbereich machen. Das Ergebnis auf Seite 45 werde von der SPD-Fraktion angezweifelt. Für zukünftige Berichte sehe er die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Begleitung. Seine Fraktion werde einen entsprechenden Vorschlag zum Haushalt machen. Er schlägt daher vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu fassen:

„Eine Fortschreibung wird, mit Unterstützung eines neuen wissenschaftlich arbeitenden Instituts, zum 31.12.2020 vorgemerkt“.

Landrat weist darauf hin, dass die Situation für pflegebedürftige Menschen im Kreis Kleve nicht schlecht sei. Es könne nicht immer geschaut werden, was noch geht. Der Oberbergische Kreis habe eine der höchsten Kreisumlagen. Er teilt mit, dass es sich bei der Fortschreibung um ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung handle und der 2. Satz im Beschlussvorschlag hinweisenden Charakter habe. Mit der Fortschreibung könne sich in Zukunft befasst werden. Die Verwaltung sei offen für Anregungen, könne aber keine Methodik vorgeben. **Der Beschlussvorschlag der Verwaltung werde daher dahingehend angepasst, dass der letzte Satz gestrichen wird.**

Herr Killewald zieht den Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung vor dem Hintergrund der Anpassung des Verwaltungsvorschlages zurück und teilt unter Verweis auf die Beschlusslage im Nachbarkreis Viersen mit, dass er z.B. grundlegenden Steuerungsbedarf im Bereich der Tagespflege sehe und daher die Aussage der Verwaltung nicht teile. Ein entsprechender Antrag werde im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt.

Herr Poell gibt zu bedenken, dass wissenschaftliche Begleitung Geld koste, ohne dass immer ein hinreichender Mehrwert erkennbar werde.

Herr Engler weist darauf hin, dass es heute nur darum gehe, den Pflegebedarfsplan zum Stand 31.12.2018 zu beschließen.

Landrat weist darauf hin, dass sich durch die Modifizierung des Beschlussvorschlages der Verwaltung seiner Ansicht nach der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erledigt habe.

Herr Looschelders bekräftigt, dass der mündlich gestellte Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Beschluss um den Satz **„Eine Fortschreibung, mit der Aufschlüsselung nach Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wird zum 31.12.2020 vorgemerkt.“** zu ergänzen aufrechterhalten wird.

Der Vorsitzende stellt zunächst den gegenüber der Sitzungsvorlage modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die „Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes für den Kreis Kleve – 2018“ wird zum Stand 31.12.2018 in der der Verwaltungsvorlage beigefügten Fassung als örtliche Planung gemäß § 7 Abs. 1 und 4 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Sodann wird der Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung gestellt:

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen: 0

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 878 /WP14

Demografiekonzept des Kreises Kleve
Vereinsbefragung

Herr Engler teilt mit, dass es sich um eine interessante und lesenswerte Broschüre handelt. Seiner Auffassung nach sei sie jedoch nicht ganz vollständig. Eine mögliche Fortschreibung solle in Zusammenarbeit mit den Kommunen erfolgen um vollständige Daten zu erhalten.

Herr Franik weist darauf hin, dass alle bekannten Vereine angeschrieben worden seien und es darüber hinaus noch zwei öffentliche Aufrufe zur Teilnahme gegeben habe auf die sich Vereine gemeldet hätten.

Nach Auffassung von Herrn Poell fehlen eine Reihe von Vereinen. Erfreulich sei aber die große Zahl der Vereine die Auskunft gegeben hätten. Gerade im ländlichen Bereich seien nach seiner Kenntnis viele Vereine aus dem Vereinsregister gelöscht worden. Dies sei erschreckend. Vor dem Hintergrund der großen Beteiligung sei er für den Kreis Kleve hoffnungsvoll. Er bedankt sich für die Fleißarbeit.

Herr Rupp kritisiert, dass überwiegend Vereine mit Angeboten für ältere Menschen in der Broschüre aufgeführt sind. Auf der Internetseite der Stadt Emmerich am Rhein seien alle Vereine

im Stadtgebiet aufgeführt. Evtl. könne zu jeder Kommune ein entsprechender Hinweis in die Broschüre aufgenommen werden. Darüber hinaus fehlen das Selbsthilfebüro und Selbsthilfegruppen. Diese müssten an zentraler Stelle erwähnt werden.

Herr Looschelders weist auf die Möglichkeit der Anfrage bei Amtsgerichten hin. Er vermisst Vereine, die bei Mitgliedsorganisationen, wie z.B. dem Paritätischen, organisiert sind.

Herr Franik teilt mit, dass die Adressen u.a. über die Kommunen geliefert worden seien und die rechtliche Zuordnung für die Aufnahme nicht entscheidend gewesen sei.

Herr Preußner bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Broschüre.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 879 /WP14

Gewährung von Stipendien von Medizinstudentinnen und Medizinstudenten im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.06.2018

Landrat berichtet, dass sich aus der Vorlage heraus noch zwei zu beantwortende Fragen ergeben. Eine tel. Nachfrage beim Landkreistag habe ergeben, dass dort keine Erkenntnisse über die Vergabe von Stipendien anderer Kreise vorliegen. Bei den Kath. Kliniken hätten sich acht Interessenten für ein Stipendium im Rahmen der Kooperationsvereinbarung gemeldet. Für das Programm des Kreises Kleve gebe es einen Interessenten. Bewilligungen seien noch nicht ausgesprochen worden.

Herr Dr. Krebber begrüßt das Projekt ausdrücklich. Das Projekt sei eine Initialzündung für ein Programm an dem die Kassenärztliche Vereinigung arbeite.

Herr Poell findet das Ergebnis erfreulich. Die Kooperation mit den Katholischen Kliniken bewähre sich. Das Hinzustoßen anderer Häuser sei wünschenswert.

Herr Engler freut sich, dass der Antrag der SPD erfolgreich war. Das Ergebnis werde mit Freude und Dankbarkeit zur Kenntnis genommen. Es gebe das Gerücht, dass die Kath. Kliniken auch schon im Vorfeld der Kooperationsvereinbarung 800,-- € ausgelobt hätten.

Landrat teilt hierzu mit, dass ihm darüber nichts bekannt sei.

Herr Rupp regt an, auf mögliche zukünftige Bewerber durch Plakataushang an Schulen zuzugehen.

Landrat teilt mit, dass er den Vorschlag interessant finde. Werbung in Schulen sei jedoch, mit Ausnahme von Schulinteressen (Partnerschaften), nicht zugelassen.

Herr Dr. Krebber empfindet den Numerus Clausus als Dilemma. Mittlerweile seien 10.000 Studienplätze im Bereich der Medizin abgebaut worden. Dies müsse geändert werden.

Herr Habicht unterstützt den Ansatz von Herrn Rupp und fragt nach, ob es Erfahrungen über die Herkunft der Antragsteller gebe.

Landrat teilt mit, dass er lediglich über den Interessenten für das Kreisstipendium Auskunft geben könne. Dieser stamme aus dem Kreis Kleve.

Herr Rupp weist darauf hin, dass man auch in Schülerzeitungen Anzeigen schalten könne. Man müsse kreativ sein.

Landrat weist auf die Stipendiumsvoraussetzung hin, dass die Bewerber den praktischen Teil der Ausbildung abgeschlossen haben müssen (altes Physikum), um Gewähr für einen erfolgreichen Abschluss zu haben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 880 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren
Bericht aus der letzten Sitzung

Herr Habicht teilt mit, dass er das Thema „Einbruchsschutz“ sehr interessant finde und erkundigt sich danach, ob in Zusammenhang mit Einbruchsschutz auch über den Schutz durch Hunde gesprochen worden sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dieses Thema im Rahmen des Vortrags nicht angesprochen worden sei.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Anfragen

Herr Looschelders teilt mit, dass ihm im Rahmen der Sozialberatung bekannt geworden sei, dass von einigen Jobcentern keine Antragsbestätigungen ausgestellt werden.

Herr Franik teilt mit, dass hierzu beim Kreis Kleve keine Erkenntnisse vorliegen.

Herr Killewald bittet den Landrat um Mitteilung, ob für die Gemeinde Kerken ein Antrag auf Zulassung einer Altenpflegeeinrichtung im Gebäude „Via Stenden“ vorliegt.

Landrat teilt mit, dass er hierzu im öffentlichen Teil der Sitzung keine Auskunft erteilen könne.

Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen

9. Anfragen
